

JIHADISTEN-PROZESS

Zeuge im Gerichtssaal verhaftet

Am Mittwoch am Nachmittag ein Zeuge im Gerichtssaal festgenommen. Über die U-Haft wird am Donnerstag entschieden. Zuvor wurde diskutiert, ob den Zeugen Video- und Audiomaterial vorgespielt werden müssen.



Zeichenstrich

Am Mittwoch ist im Grazer Straflandesgericht der Prozess gegen den islamistischen Prediger Mirsad O. und einen mutmaßlichen Kämpfer der Terrororganisation "Islamischer Staat" (IS) fortgesetzt worden. Am Nachmittag riss dem Gericht bei der Einvernahme eines Zeugen, der wegen Falschaussage vorbestraft ist, die Geduld. Nachdem er wieder falsche Angaben gemacht hatte, wurde er gleich im Gerichtssaal festgenommen und U-Haft beantragt. Darüber wird am Donnerstag entschieden.

Am Vormittag entzündete sich eine heftige Debatte zwischen dem Verteidiger von **Mirsad O.** und dem Ankläger bezüglich des Videomaterials.

Der Anwalt kritisierte, dass die Reden dem Gutachter nur teilweise übersetzt worden waren. Es seien nur jene Teile zugänglich, auf denen radikale Äußerungen zu hören seien, möglicherweise würden diese aber durch die weggelassenen Teile relativiert, bemerkte der Verteidiger. Er beantragte, alle Reden aus der bosnischen Sprache zu übersetzen und sie den Laienrichtern vorzuspielen. Insgesamt gibt es mehr als 300 Stunden sichergestelltes material. "Das zu sichten war eine Heidenarbeit", meinte der Staatsanwalt. "Die haben die Geschworenen zu leisten", antwortete der Verteidiger. Der Richter ordnete an, zunächst einmal eine der Reden komplett vorzuspielen.

"Videos weisen ihn als Jihadisten aus"

Hintergrund der heftigen Kontroverse: Am Morgen wurde der Islamismus-Sachverständige von Staatsanwaltschaft und Verteidiger zu seinem am Vortag vorgelegten Gutachten befragt. Er war nach Aufarbeitung der Videos und CDs der Predigten von Mirsad O. zur Ansicht gekommen, dass dieser zum bewaffneten Kampf aufgerufen habe. "Die Videos weisen ihn eindeutig als Jihadisten aus, es gibt aber kein Bekenntnis zu einer bestimmten Organisation", erklärte er auch am Mittwoch.

Er kam zu dem Schluss, dass O. "die individuelle Pflicht zum bewaffneten Kampf befürwortet". Ob man die Einstellung von Mirsad O. zur Demokratie aus den Vorträgen definieren könne, fragte der Staatsanwalt. Demokratie sei für O. "ein Götze, der abgelehnt wird, da hier Menschen das Gesetz machen, und das darf nur Gott. Jeder, der das befürwortet, ist ein Ungläubiger, und der ist zu töten", formulierte es der Sachverständige.

Mirsad O. bekam die Gelegenheit zum Gutachten Stellung zu nehmen. Das brach der Vorsitzende nach einiger Zeit ab, weil der Angeklagte immer wieder auf religiöse Inhalte abschweifte und auf konkrete Fragen nicht antwortete. Sein Verteidiger brachte das Gericht auf, als er den Sachverständigen immer wieder mit Sätzen konfrontierte, die angeblich aus den Vorträgen und Predigten stammen und ihn fragte, ob er sich an die erinnert. Nicht das Erinnerungsvermögen des Sachverständigen sei Thema, sagte das Gericht, sondern sein Gutachten.